

The background of the entire image is a collage of Euro currency. It features several 100 Euro banknotes and 1 Euro coins, all in a faded, reddish-pink color. The banknotes show the word 'EURO' and the number '100'. The coins show the number '1'. The overall effect is a textured, financial backdrop.

**Wie die Kirchen
den Staat ausbeuten**

**Stoppt die
Milliarden für
die Kirche!**

Mehr Geld für die Bürger

Weitere Gratis-Broschüren zum Thema:

- Kirchenskandale ohne Ende –
Jetzt reicht's! Kirchengaustritt jetzt!
- Das „Priesterjahr“ – „Lasset die Kindlein zu Mir kommen,
denn sie sind ohne Arg.“

Bestellen Sie per Email: info@spart-euch-die-kirche.de
Oder per Fax: 09391/50 41 47; jeweils mit Ihrer Postadresse

**Über jede Spende freuen wir uns sehr
und bedanken uns dafür herzlich**

Unser Spendenkonto: Sparkasse Mainfranken Würzburg,
IBAN DE 19 79050000 0041417635
BIC BYLADEM 1 SWU
Kontoinhaber: Ralf Speis

1. Auflage Februar 2014
Druck: KlarDruck Marktheidenfeld

V.i.S.d.P.: Initiative „Spart euch die Kirche“,
Matthias Holzbauer, Prymstr. 1, 97070 Würzburg,
Fax: 09391/504147, www.kirchen-einsparen.de

Wie die Kirchen den Staat ausbeuten

Stoppt die Milliarden für die Kirche!

„Es geht ihnen nicht um Recht oder Moral, um Glauben oder Seelenheil. Es geht nur ums Geld.“

(Ein Kirchenrechtler zu Regensburg digital 22.9.12)

Einbauschränke für 350.000 Euro, 783.000 Euro für einen überschaubaren Garten oder 100.000 Euro für die Aufhängung eines Adventskranzes? Spätestens als solche Zahlen aus dem Bistum Limburg im Herbst 2013 von der Boulevardpresse genüsslich zerpflückt wurden, war klar: Die Kirche in Deutschland hat ein Problem: ein Geldproblem. Das aber nicht, wie bei der Mehrzahl der Bundesbürger, darin besteht, dass sie zuwenig davon hätte, nein, im Gegenteil: Sie hat offenbar viel zu viel davon gehortet, und das auch noch geschickt versteckt in verschiedensten grauen Kassen. Schon bald wurde nicht nur klar, dass die Bischofsresidenz in Limburg für 30 bis 40 Millionen Euro kein Einzelfall ist. Sondern auch, dass darüber hinaus noch immer riesige Geldbeträge vom Staat an die steinreichen Kirchen gezahlt werden. „Staatsleis-

tungen“ ist das Stichwort, das jetzt immer wieder in den Medien zu hören und zu lesen ist. Doch es zeigte sich auch: Der Informationsstand der Öffentlichkeit bleibt bei diesem Thema – der Einfluss der Kirchen auf die Massenmedien lässt grüßen – bisher noch weit hinter den Tatsachen zurück. Und zwar sowohl was das Ausmaß dieses ständigen warmen Geldregens für die Kirchen angeht, als auch die historische Herkunft und die realen Lösungswege dieses Skandals. Denn es *ist* ein Skandal, dass ein demokratischer Staat jährlich Milliardenbeträge für Institutionen ausgibt, die ihrerseits längst im Geld baden – auch ohne Designer-Badewannen in bischöflichen Residenzen.

Daher diese Broschüre.

Der am längsten verschleppte Verfassungsauftrag

Absolut weltrekordverdächtig! Wenn es im *Guinness-Buch der Rekorde* eine Rubrik „***Der am längsten verschleppte Verfassungsauftrag***“ gäbe – der Deutsche Bundestag hätte ihn längst sicher. Mal eben vierundneunzig Jahre, nachdem die Verfassungsväter der Weimarer Republik beschlossen hatten, dass die ***Staatsleistungen an die Kirche***

abgelöst werden sollten – das war im Jahre 1919 –, bequemte sich das deutsche Parlament, sich Ende Februar 2013 damit erstmalig zu befassen. Wohlgemerkt: zu befassen! Denn eine Entscheidung in der Sache wurde nicht getroffen, im Gegenteil: Der Auftrag für ein Rahmengesetz, den die Väter des Grundgesetzes 1949 unverändert aus der Weimarer Reichsverfassung übernommen hatten, wurde nur ein weiteres Mal auf die lange Bank geschoben. Auf dass die traurige Rekordzeit sich weiter erhöhe. Guinness, wir kommen!

Was sagt uns das? Eine ganze Menge. Darüber, wie es die Kirchen verstehen, den Staat für ihre Zwecke auszubeuten. Wie sie dabei vor Geschichtsverdrehung und Legendenbildung nicht zurückschrecken. Wie sie es schaffen, ihre seit Jahrhunderten eingespielten Manipulations-Mechanismen über alle politischen System- und Richtungswechsel hinweg nicht nur beizubehalten, sondern sogar noch weiter auszubauen. Wie sie sich unter dem Etikett der „Nächstenliebe“ ein regelrechtes Wirtschaftsimperium aufgebaut haben. Wie ihre Lobbyisten im Laufe der Zeit in allen Parteien an führenden Stellen positioniert wurden – und vor allem: dass diese Lobbyisten in aller Öff-

fentlichkeit reine Klientelpolitik für ihre Inspiratoren auf Kosten des Volkes, sprich: des Steuerzahlers machen.

Alles ganz normal? Oder ein Skandal? Urteilen Sie selbst!

Staatsleistungen ersatzlos streichen!

Wussten Sie schon, dass die Gehälter der meisten deutschen Bischöfe und Landesbischöfe beider Konfessionen nicht von der jeweiligen Kirche bezahlt werden, sondern vom Staat? Und diese Gehälter sind nicht gerade knapp bemessen, 8.000 bis über 12.000 Euro Grundgehalt im Monat und weitere Zulagen und Vergünstigungen. Diese Beträge sind jedoch nur ein kleiner Teil der sogenannten „Staatsleistungen“, die der deutsche Staat seit Jahrzehnten und Jahrhunderten an die Kirchen entrichtet – allerdings auf äußerst zweifelhafter Grundlage.

Es handelt sich bei diesen „Staatsleistungen im engeren Sinne“ (aufgemerkt: es gibt noch mehr!) um einen Betrag von ungefähr einer halben Milliarde Euro jährlich, den die deutschen Bundeslän-

der Jahr für Jahr an beide Großkirchen bezahlen: die sogenannten Dotationen. Das sind Zuschüsse des Staates für die Personalkosten und die Verwaltung der Kirchen. Das Brisante daran: Diese Beträge dürften eigentlich schon längst nicht mehr gezahlt werden. Denn die deutsche Verfassung gebietet seit ca. 100 Jahren, nämlich seit 1919, dass diese alten Staatsleistungen abgelöst werden müssten. Statt dessen wachsen die Gelder sogar noch an.

Eine glatte Geschichtsfälschung!

Jesus von Nazareth, der Mann aus dem Volke, auf den sich die Kirchen ja berufen, lebte bescheiden als Zimmermann von Seiner Hände Arbeit. Die Kirchen jedoch lassen sich trotz ihres Reichtums mit Milliarden unter anderem aus dem allgemeinen Steuertopf des Staates finanzieren. Eine unglaubliche Diskrepanz, für viele ein Riesen-Skandal! Noch abenteuerlicher wird es, wenn wir uns die Begründung für diese Staatsleistungen zugunsten der Kirche näher betrachten. Angeblich sollen es Entschädigungen sein für Enteignungen von Kirchengut vor mehr als 200 Jahren zur Zeit der Napoleonischen Kriege. Doch vor einigen Jah-

ren machte sich der Buchautor Carsten Frerk („Violettbuch Kirchenfinanzen“) auf die Suche und fand heraus: Diese Story ist eine glatte Geschichtsfälschung!

Die Wahrheit ist: Im Jahr 1803 wurde das damalige Heilige Römische Reich Deutscher Nation im Zuge der Napoleonischen Kriege gebietsmäßig neu gestaltet. Dabei wurden unter anderem die Fürstbischöfe, die damals einen Teil des Reichsgebiets regierten, als Landesherren abgesetzt und ihre Territorien anderen Fürsten zugeschlagen. Doch dies betraf nur einen Teil des Reiches und zudem nur die katholischen Gebiete. Vor allem aber waren dies keine Enteignungen, aus denen man folglich auch keine Schadensersatzpflicht ableiten könnte. Sondern es wurden Jahrhunderte zuvor vom Kaiser an die Kirche vergebene Reichslehen wieder eingezogen – ein völlig korrekter Vorgang. Die Gebiete gehörten schließlich nicht der Kirche, sondern dem Staat, der sie nun zurückforderte.

Ein Vorgang zudem, der strukturpolitisch und wirtschaftlich längst überfällig war: Der Flickenteppich der deutschen Kleinstaaterei war längst nicht mehr zukunftsfähig. Aufgelöst wurden neben

den Fürstbistümern auch freie Reichsstädte und diverse Grafschaften – die aber, nebenbei gesagt, bis heute keinerlei Entschädigung erhielten. Wie auch?

Damit die betroffenen Fürstbischöfe weiterhin ihr Auskommen hatten, wurden ihnen von den übrig gebliebenen Herrschern Leibrenten zuerkannt – aber nur für sie persönlich und bis an deren Lebensende. Aus einer höchstpersönlichen Abfindung für einige Bischöfe eine ewig weiterlaufende Zahlung abzuleiten und diese dann auch noch auf alle anderen Gebiete Deutschlands auszuweiten, einschließlich der protestantischen, ist nicht nur völlig aus der Luft gegriffen – es ist nach der Konstantinischen Schenkung des Mittelalters (einer nachweislich gefälschten Urkunde, wonach Kaiser Konstantin im 4. Jahrhundert der Kirche halb Europa „geschenkt“ haben soll) das wohl erfolgreichste Betrugsmanöver der Kirchengeschichte. Dieses Manöver gelang den schlaunen Kirchenvertretern nur, weil sie im 19. Jahrhundert bei den Monarchen der verschiedenen damaligen deutschen Länder als Garanten ihrer angeblich von Gott gegebenen Herrschaft auftraten, was aber im Zeitalter der beginnenden Demokratisierung immer fragwürdiger wurde.

Immer neue Konkordate und Staatsverträge

Nach dem Ersten Weltkrieg, als das Volk regierte und eine kirchliche Legitimierung der nunmehrigen Republik folglich überflüssig wurde, passte sich die Kirche, wendig wie sie ist, rasch der neuen Situation an. Mehrere deutsche Länder schlossen Konkordate und Staatsverträge mit den Kirchen ab, die nach der Weimarer Verfassung von 1919 eigentlich bereits illegal waren. Denn wenn die alten Zahlungen schon abgelöst werden sollten, dann durften neue Zahlungen erst recht nicht erfolgen. Als der Vatikan dann 1933 mit dem Katholiken Adolf Hitler gar das bis heute gültige **Reichskonkordat** abschloss, war die für die Kirchenfinanzen heikle Phase aus kirchlicher Sicht vorerst überstanden.

Doch auch nach dem Zweiten Weltkrieg gingen die nicht zu rechtfertigenden Zahlungen nahtlos weiter. Nach dem Fall der Berliner Mauer 1989 kamen sogar noch weitere Verträge zwischen Kirche und Staat mit den neuen Bundesländern hinzu, obwohl das nicht nur die Verfassung verbietet, sondern in den östlichen Gegenden auch nur sehr wenige Kirchenmitglieder zu Hause sind. Doch immerhin kamen gerade aus den neuen

Bundesländern nach mehr als 20 Jahren auch Politiker der „linken“ Fraktion, die das deutsche Parlament jetzt endlich an seine fast 100 Jahre alte Verpflichtung erinnerten, die gesetzlichen Voraussetzungen für die Beendigung dieser rechtlich unhaltbaren Zahlungen zu schaffen. Wer jetzt aber gedacht hatte, dass der Deutsche Bundestag dies auch tun würde, der sah sich getäuscht ...

Die Nulllösung ist überfällig!

Die Kirchenlobbyisten im deutschen Bundestag zogen Ende Februar 2013 alle Register, um auch jetzt noch nicht zur längst fälligen Tat schreiten zu müssen. Der Antrag auf Beendigung der Staatsleistungen wurde abgelehnt. Die notwendigen Ablösesummen seien zu hoch, war ein Argument. Dabei hatten Experten längst ausgerechnet, dass selbst dann, wenn die Ansprüche berechtigt gewesen wären, der Staat über die Jahrzehnte hinweg ein Mehrfaches dessen bereits gezahlt hat, was der Kirche an Entschädigung zustehen würde. **Die Bundesländer könnten also ihre Zahlungen sofort ersatzlos streichen, also eine Nulllösung durchführen** – ja sie müssten es sogar, nähmen sie die Verfassung ernst. Oder die Lobbyisten be-

haupteten, die Kirchen seien auf diese Leistungen dringend angewiesen. Dabei verfügen die steinreichen deutschen Kirchen nach Schätzungen des Experten Dr. Carsten Frerk zusammen über ein Vermögen von schätzungsweise 500 Milliarden Euro (z.B. lt. *Der Spiegel* Nr. 49/2001). Und sie erhalten vom Staat nicht nur die erwähnten Staatsleistungen im engeren Sinne, darunter z.B. die Gehälter der Bischöfe, sondern darüber hinaus noch ein Vielfaches an **staatlichen Subventionen im weiteren Sinne**, darunter z.B. die gesamte Ausbildung der Theologen an staatlichen Universitäten oder den kirchlichen Religionsunterricht an staatlichen Schulen, dazu noch milliarden-schwere Steuerbefreiungen, alles in allem – vorsichtig gerechnet – an die 17 Milliarden Euro im Jahr. (*Siehe Tabelle auf der Rückseite*)

Wenn ausgerechnet die steinreichen Kirchen auf diese Staatsmilliarden angewiesen sein sollen, was sollen dann die Bedürftigen im Lande sagen, die allein erziehenden Mütter oder die unter Altersarmut leidenden Senioren? Was sollen die Kinder und Jugendlichen sagen, die von Priestern oder Pfarrern missbraucht wurden und nun mit wenigen Tausend Euro für ihr meist lebenslanges

Leiden abgespeist werden? Diese fortgesetzte Kirchenfinanzierung auf Kosten der Steuerzahler ist nicht nur skandalös für die Armen und für die Demokratie, sie ist auch eine Ohrfeige für Papst Jorge Bergoglio, der sich ja in seinen ersten Predigten eine „arme Kirche“ gewünscht hat. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn der Papst hier eingreifen und die deutschen Bischöfe anweisen würde, auf jegliche Subventionen zu verzichten, ihren Reichtum zu veräußern und den Bedürftigen zu geben (Doch dazu müsste der Papst seinen Worten und Gesten auch Taten folgen lassen.) Die Kirchenlobbyisten aus fast allen Parteien jedenfalls stellen sich dazu bislang taub und versuchen, alles beim Alten zu lassen. Einer von ihnen spielte während der Debatte im Bundestag sogar mit dem Gedanken, der Einfachheit halber gleich das Grundgesetz zu ändern, damit man sich mit diesem unangenehmen Thema gar nicht weiter befassen müsse.

Wir sehen, wie verkehrt unsere politische Welt geworden ist. Gewählte Volksvertreter setzen alles daran, möglichst viele Steuergelder weiterhin den steinreichen Großkonzernen Kirche zuzuschanken. Wen wundert es da, dass auch der Innenausschuss des Deutschen Bundestages Ende März 2013

ebenso entschied und weitere Beratungen rundweg verweigerte. Besonders peinlich ist dieses Verhalten allerdings für diejenigen Abgeordneten, die sich selbst als „christlich“ bezeichnen. Denn Jesus von Nazareth sagte unmissverständlich: „Häuft euch keine Schätze an, die Motten und Rost fressen“, und: „Leichter kommt ein Kamel durch ein Nadelöhr, als ein Reicher in das Reich Gottes!“

Doch die Bevölkerung ist wachsamer geworden und lässt sich nicht mehr so einfach abfertigen mit Worten wie „Der Staat zahlt seit über 200 Jahren für die Kirche und der Staat zahlt einfach weiter.“ Wann dieser unglaubliche Missstand endlich gestoppt wird, ist daher nur eine Frage der Zeit und natürlich der Anzahl der Menschen, die solches nicht mehr einfach so hinnehmen. Die auch einmal nachfragen, woher der Reichtum der Kirchen ursprünglich stammte: Abgaben, Leibeigenschaft, Erbschleicherei, Urkundenfälschung, Kriegszüge, Ablasshandel, Beschlagnahmung des Vermögens von „Ketzer“ und „Hexen“ ...

Die Trennung von Kirche und Staat steckt im Kirchenfilz fest

„Es besteht keine Staatskirche“. Das schrieben die deutschen Verfassungsväter bereits 1919 in die Weimarer Reichsverfassung. 1949 wurde dieses Prinzip auch ins Grundgesetz übernommen. Doch ist es auch Verfassungswirklichkeit? Oder war man zu Weimarer Zeiten am Ende schon weiter als heute?

1919 war klar: Nun regiert das Volk und niemand anders – also keine Monarchen, die zur Legitimierung ihrer angeblich „von Gottes Gnaden“ erhaltenen Macht eine – ebenso angeblich – von Gott gegründete Kirche brauchen, die Jesus von Nazareth aber nicht gegründet hat. Und dennoch heftete man sich zu Unrecht das Etikett „christlich“ an und erschlich sich auf diesem Weg einen immensen Einfluss und riesige Geldmittel: größter nichtstaatlicher Arbeitgeber Deutschlands, größter privater Grundbesitzer, Aktienpakete und andere Firmenbeteiligungen, Immobilien in bester Lage, Rundfunkräte, TV-Stationen und Presseorgane, Medien-Produktionsfirmen und und und ...

Gerade die äußerst kurze und fruchtlose Debatte über die längst überfällige Ablösung der Staatsleistungen Anfang 2013 zeigt beispielhaft, wie stark die „Berliner Republik“ in Wahrheit von einer parteiübergreifenden Kirchenlobby beherrscht wird. Waren es noch zu Konrad Adenauers Zeiten fast ausschließlich die „C“-Parteien, die die Kirchen als ihre „Domäne“ betrachten konnten, so haben die erklärten Kirchenlobbyisten im Laufe der Jahrzehnte in fast allen Parteien die Oberhand gewonnen. Äußeres Symbol dafür war die Debatte selbst, die geradezu geisterhaft vor fast leeren Rängen stattfand: Zahlreiche Abgeordnete blieben dem Ereignis fern, weil sie lieber den zeitgleich stattfindenden Verabschiedungs-Gottesdienst für den abgedankten Papst Joseph Ratzinger besuchen wollten. Damit zeigten sie auf bezeichnende Weise, für wen sie im Zweifelsfall tätig sind: für die zum Religions-Ritual rufende Kirche, aber nicht für den deutschen Steuerzahler, der von den Kirchen Jahr für Jahr um Milliarden erleichtert wird, ohne dafür eine echte Gegenleistung zu erhalten.

Ewigkeitsklauseln? Sittenwidrig!

Die quasi „offiziellen“ Kirchenvertreter der verschiedenen Fraktionen führten erwartungsgemäß im Frühjahr 2013 auch in der kümmerlichen Bundestagsdebatte über die Ablösung der Staatsleistungen das große Wort – und traten vor allem dafür ein, irgendwelche Änderungen – wenn überhaupt! – nur in „konsensualen Gesprächen“, also immer nur einvernehmlich mit den Kirchen durchzuführen.

Wieso eigentlich? Wie wäre es, wenn die Öffentlichkeit herausfinden würde, dass z.B. ein Wirtschaftsunternehmen über Jahrzehnte Zahlungen aus Staatsmitteln erhalten hat mit einer, wie sich nun herausstellt, unzutreffenden Begründung? Würden die Medien da nicht als erstes, soweit möglich und noch nicht verjährt, eine Rückzahlung der Gelder fordern? Würde man nicht die bohrende Frage stellen, wie so etwas so lange verschleiert werden konnte? Würde nicht gar da und dort Korruptionsverdacht laut werden? Vor allem: Könnte man sich vorstellen, dass nun Politiker allen Ernstes vorschlagen würden: Führen wir doch „konsensuale Gespräche“ mit diesem Unter-

nehmen, um herauszufinden, ob nicht als „Kompromiss“ eine teilweise Weiterzahlung oder eine hohe Ablösesumme möglich ist? Und zwar immer nur „im freundschaftlichen Einvernehmen“? Diese Formulierung stammt übrigens aus dem Hitler-Konkordat von 1933! Dort war vereinbart worden, dass Änderungen an den Staat-Kirche-Vereinbarungen nur auf diese Weise möglich sein sollten – auf ewig sozusagen! Und solche „Ewigkeitsklauseln“ finden sich auch in den Konkordaten und Staatsverträgen mit den deutschen Bundesländern, die sogar noch im wiedervereinigten Deutschland mit den „neuen Bundesländern“ abgeschlossen wurden! Nach Auskunft von Juristen sind solche Klauseln in Verträgen nicht nur unüblich, sondern geradezu sittenwidrig. Das Hitler-Konkordat ist übrigens bis heute gültig – als einziges Gesetz aus der Hitlerzeit. Halt, eins von dieser Sorte gibt es doch noch: Görings Reichsjagdgesetz ...

Doch weshalb soll es in den Bundesländern anders zugehen als im Bundestag? Weshalb soll die Verfilzung dort geringer sein? Nur drei Beispiele von vielen (Stand 2014): Christine Lieberknecht (Thü-

ringen, CDU) ist nicht nur Tochter und Ehefrau eines lutherischen Pfarrers, sie ist auch selbst lutherische Pfarrerin. Ihr Kollege Reiner Haseloff (CDU) aus Sachsen-Anhalt hat nach eigenen Angaben seit seiner Geburt erst eine katholische Sonntagsmesse versäumt. Er würde es ohne diese Messe gar „nicht aushalten“ (*idea-spektrum* Nr. 43/2011). In keinem deutschen Bundesland bekommt die Kirche im Verhältnis zum Bevölkerungsanteil mehr Staatssubventionen als in seinem. Und Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Baden-Württemberg, Grüne) sitzt wiederum im Zentralkomitee der deutschen Katholiken. Kretschmann war es übrigens, der rundweg behauptete: „Die Kirche besitzt keine Privilegien!“ (*epd*, 9.2.13) Was der Leser dieser Broschüre am Ende selbst beurteilen möge.

Die Kirchenlobbyisten dominieren also alle deutschen Parlamente und ziehen die Fäden – letztlich auf Kosten des Steuerzahlers. Doch sie tun dies nicht von ungefähr, aus reiner Eigeninitiative. Sie tun es mehr oder weniger im Auftrag ihrer Kirche. Im katholischen Katechismus ist z.B. unter *Randnummer 2242* zu lesen, dass „die Initiative des christlichen Laien“ – dazu zählen auch die Politiker

– „besonders notwendig ist, wenn es darum geht, Mittel und Wege zu finden, um die gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten mit den Forderungen des christlichen Glaubens zu durchdringen.“ Gemeint ist dabei natürlich der katholische Glaube, mit „christlich“ hat das nichts zu tun.

Weil wir gerade bei christlicher Ethik und Moral sind: Die Tatsache, dass Verträge zwischen Staat und Kirche angeblich nicht verjähren können, steht in skandalösem Gegensatz zu einer anderen Tatsache: Dass Sexualverbrechen von Priestern an Kindern und Jugendlichen – bisher jedenfalls – sehr rasch verjähren. Das hat zur Folge, dass viele dieser Täter kaum zur Rechenschaft gezogen werden. In vielen Fällen wurden die Verbrechen zudem vertuscht, und eine Wiedergutmachung finanzieller Art für die zerstörten Seelen der Opfer bleibt meist aus oder bewegt sich in beschämend geringem Rahmen. Noch einmal zum Vergleich: Bei den sogenannten Staatsleistungen lassen sich die Kirchen vom Staat auf ewig „Schadensersatz“ für angebliche „Enteignungen“ zahlen, die so gar nicht stattgefunden haben.

Der Konzern Kirche wächst immer weiter

„Alles, was sie vom Geld verstehen, ist, dass sie es von anderen Leuten haben wollen.“ So lautete zu Adenauers Zeiten (dazu kommen wir gleich noch) ein gehässiger Wahlkampf-Spruch gegen die Sozialdemokraten. Dabei gibt es jemanden, auf den der zweite Teil des Satzes offensichtlich viel besser gepasst hätte und noch heute passt: die Kirchen. Nur mit dem Unterschied, dass sich deren Kenntnisse vom Geld keineswegs in diesem einen Punkt erschöpfen. Gerade die Jesuiten, zu denen auch Papst Bergoglio gehört, sind für ihre umfangreichen Aktienbeteiligungen und effizienten Bankgeschäfte bekannt, um nur ein Beispiel zu nennen.

Das Thema „Die Kirche und unser Geld“ (so ein früherer Buchtitel des Kirchenkritikers Horst Herrmann) ist schier unerschöpflich und kaum überschaubar. Der Politologe Carsten Frerk hat bereits mehrere Expeditionen in den Dschungel gewagt („Finanzen und Vermögen der Kirchen“, „Violett-buch Kirchenfinanzen“, „Caritas und Diakonie in Deutschland“), doch das Dickicht ist im Detail fast undurchdringlich. Sogar Kirchenvertreter selbst, so Frerk, haben oft kaum einen Überblick.

Auch davon profitiert die Kirche. Denn der Normalbürger denkt meist nur an die Kirchensteuer (knapp zehn Milliarden im Jahr für beide Kirchen). Doch das ist ja erst der Anfang, wie wir am Beispiel der vielfältigen Staatsleistungen für die Kirche (ca. 17 Milliarden) dargelegt haben. Zusätzlich zu diesen Summen gibt es noch rund 45 Milliarden Euro im Jahr an staatlichen Zuschüssen für das eigentliche Wirtschaftsimperium der Kirchen: die öffentlichen Sozialeinrichtungen, auch Caritas und Diakonie genannt.

Auch sie verdienen einen kurzen Blick. Wussten Sie, dass in Deutschland die Kirchenmitglieder zwar immer weniger werden, dass aber gleichzeitig die Zahl der Unternehmen unter der Regie der Großkirchen immer größer wird? Und dass noch dazu die Kirchen in ihre eigenen Betriebe jedes Jahr weniger Geld investieren und sich stattdessen fast alles vom Staat bezahlen lassen? Die Betriebsregeln aber bestimmen sie trotzdem selbst.

Zwei unangenehme Filme

Von einer „Pogromstimmung“ und „künstlich erzeugter Wut“ gegen die Kirche sprach Anfang Feb-

ruar 2013 Gerhard Ludwig Müller, Präfekt der Glaubenskongregation im Vatikan. „Im Internet und auch im Fernsehen würden Attacken gegen die katholische Kirche geritten, deren Rüstzeug zurückgehe auf den Kampf der totalitären Ideologien gegen das Christentum“, so seine Klage. Was hatte den ehemaligen Regensburger Bischof so geärgert? Lag es daran, dass wenige Tage zuvor kurz hintereinander zwei kirchenkritische Filme im deutschen Fernsehen liefen?

„Gott hat hohe Nebenkosten“, hieß der erste. Es ging um den Fall einer Kindergartenleiterin im rheinischen Königswinter, der von ihrem katholischen Kindergarten fristlos gekündigt wurde, weil sie als geschiedene Frau mit einem anderen Mann zusammenlebte. Die Eltern der Kindergartenkinder wollten die beliebte Erzieherin jedoch behalten und erreichten, dass die Gemeinde, die den Kindergarten ohnehin zu 100 Prozent finanziert, ihrerseits der katholischen Kirche kündigte und sich einen neuen Träger suchte.

Der zweite Film hieß „Arbeiten für Gotteslohn“ und befasste sich mit dem Geschäftsgebaren der katholischen Caritas und der lutherischen Diako-

nie. Diese beiden Wirtschaftskonzerne machen in Deutschland mehr Umsatz als Lufthansa oder Bundesbahn und beschäftigen 1,3 Millionen Menschen – wie gesagt pro Jahr mit Zuschüssen vom Staat in Höhe von ca. 45 Milliarden Euro. Nur einen Bruchteil der laufenden betrieblichen Kosten trägt die Kirche selbst. In dem Film wurde beschrieben, dass diese mächtigen Verbände zum Teil eigene Leiharbeitsfirmen bilden, in die sie einen Teil ihrer Belegschaft auslagern und dann zu niedrigeren Löhnen weiterbeschäftigen.

Die Kirchen werden leerer – doch der Konzern expandiert

Nur zur Richtigstellung: Es ist nicht Gott, der diese kirchlichen Einrichtungen leitet, und es sind auch keine „christlichen“ Schulen oder Kindergärten, so wie auch der Bischof und Präfekt der vatikanischen Glaubenskongregation Müller nicht „das Christentum“ repräsentiert, sondern die Vatikan-kirche. Und die hat in ihrer Geschichte unzählige Pogrome und Mordaktionen zu verantworten. Der Kirchenmann, der heute als Nachfolger von Kardinal und Ex-Papst Ratzinger der modernen „Inquisitionsbehörde“ vorsteht (denn nichts anderes ist

die „Glaubenskongregation“), müsste also eigentlich wissen, wie skandalös unpassend sein Vergleich ist. Repräsentiert er die „totalitäre Ideologie“, die er zu bekämpfen behauptet, nicht in Wirklichkeit selbst? Denn keine Institution stellt an die gesamte Menschheit einen derartigen Absolutheitsanspruch wie die Vatikanikirche.

Doch gerade zu diesem absoluten Anspruch passen die erwähnten Filme natürlich nicht. Den Inhalt des ersten Films kann man nachlesen in dem Buch der Journalistin Eva Müller: „Gott hat hohe Nebenkosten. Wer wirklich für die Kirchen zahlt.“ Wir erfahren darin, auf welche Weise die Zahl kirchlicher Unternehmen in Deutschland seltsamerweise immer weiter wächst, obwohl immer mehr Menschen aus der Kirche austreten. Sogar im Osten Deutschlands, wo es nur noch wenige Kirchenmitglieder gibt, entstehen immer weitere kirchlich geführte Schulen, Kindergärten und Krankenhäuser – unter anderem deshalb, weil sie gegenüber klammen Kommunen oder anderen Sozialträgern auf unfaire Weise im Vorteil sind: Sie kommen leichter an Zuschüsse heran, profitieren von immensen Steuerbefreiungen, müssen kaum Unternehmensdaten veröffentlichen, erhalten oft

Aufträge auch ohne öffentliche Ausschreibungen – und vor allem: Sie nehmen für sich das Recht in Anspruch, sich – anders als alle anderen Bürger – weder an übliche Tarifstrukturen noch an das gültige Arbeitsrecht zum Schutz der Arbeitnehmer halten zu müssen.

Dies führt dazu, dass der Anteil, den die Kirchen in ihre eigenen Wirtschaftskonzerne stecken, immer weiter sinkt. In Nordrhein-Westfalen z.B. zahlten die Kirchen bis 1990 immerhin noch 36 Prozent der Kosten ihrer Kindergärten selbst. Im Jahr 2000 waren es nur noch 20, 2008 nur noch 12 Prozent. Und auch die werden in vielen Fällen inzwischen von den Gemeinden übernommen, wie das oben genannte Beispiel Königswinter zeigt. In Hamburg wird seit 2010 kein einziger kirchlicher Kindergarten mehr von der Kirche finanziert. Die Kirchengemeinden drohen einfach damit, die Kindergärten zu schließen und können so die Gemeinden meistens erpressen. Kirchliche Krankenhäuser und Schulen werden ohnehin schon zu 100 Prozent von der Allgemeinheit bezahlt. In Königswinter konnte die Stadt zwar die Vatikanikirche verdrängen, doch nun hat sie statt dessen einen evangelischen Träger, der mit seinen Moralvorstellungen

zwar nicht ganz so rigide in die Privatsphäre seiner Beschäftigten eindringt. Doch auch dieser Träger will nur konfessionell gebundene Angestellte beschäftigen.

Oft haben die Kirchen, vor allem im ländlichen Raum, fast eine Monopolstellung. Altenpfleger, Erzieher oder Krankenschwestern müssen sich gut überlegen, ob sie aus der Kirche austreten oder einen geschiedenen Partner heiraten, wenn ihnen ihr Arbeitsplatz noch wichtig ist. Im Osten Deutschlands treten viele Menschen ohne Kirchenbindung vielfach gezwungenermaßen in die Kirche ein, weil diese z.B. ein staatliches Krankenhaus übernommen hat. In vielen Einrichtungen geht die Angst um. Als sich Anfang 2013 in Köln zwei katholische Kliniken weigerten, eine junge Frau nach einer Vergewaltigung zu behandeln, kam anschließend heraus, dass katholische Fanatiker zuvor gezielt ärztliches Personal angeschwärzt hatten, das z.B. die „Pille danach“ verschrieben hatte. Damit kann nach einer Vergewaltigung eine Schwangerschaft verhindert werden. Manche Ärzte und Ärztinnen ließen daraufhin offenbar lieber die Finger von solchen Behandlungen, um nicht ihren Arbeitsplatz zu riskieren.

Das Zauberwort: „Subsidiaritätsprinzip“

„Die Kirche als Großkonzern mit eigenen Regeln subventioniert vom Staat – kann das sein?“ Kein Wunder, dass diese Frage, offen gestellt im deutschen Fernsehen, den Managern der kirchlichen Großkonzerne nicht gefällt. Denn sie rührt an ein Tabu: Der Staat als eine Art Goldesel, der die Kirchen frei gewähren lässt, ihnen aber so gut wie alles bezahlt. Kaum jemand weiß, wer den Kirchen dieses Tischlein-deck-dich zur Verfügung gestellt hat und den Goldesel gleich mit dazu.

Es war Ende der 50er Jahre, als die Parteien mit dem „C“ unter Bundeskanzler Konrad Adenauer das erste und bisher einzige Mal die absolute Mehrheit im deutschen Bundestag errangen. Sie setzten damals das Prinzip der so genannten „Subsidiarität“ durch, das besagt, verkürzt ausgedrückt: Der Staat darf nur dort eigene soziale Einrichtungen unterhalten, wo die so genannten „freien Träger“ – faktisch hauptsächlich die Kirchen – solche Einrichtungen nicht unterhalten oder unterhalten können. Die damaligen Oppositionsparteien SPD und FDP erkannten damals die Gefahr, dass der Staat ausbluten und Kirchen immer

mächtiger werden könnten. Sie klagten vor dem Verfassungsgericht, allerdings ohne Erfolg. Doch sie versprachen dem Volk, diese Fehlentscheidung, wie sie es nannten, rückgängig zu machen, sobald sie an die Regierung kämen.

Sie kamen dann zwar zehn Jahre später tatsächlich an die Regierung – doch sie haben ihr Versprechen bis heute nicht eingelöst. Denn heute sind in allen großen Parteien Gefolgsleute der Großkirchen vertreten, die das offenbar zu verhindern wissen. Und das, obwohl mehr als ein Drittel der Steuerzahler mittlerweile gar keiner Kirche mehr angehören – und doch mit ihren Steuergeldern weiterhin die Sozialleistungen der Kirchen mitbezahlen.

Die Journalistin Eva Müller ist, nicht zuletzt aufgrund der Recherchen zu ihrem Buch, aus der Kirche ausgetreten. Diese Entscheidung steht jedem frei. Und jeder kann selbst beurteilen, was dieses kirchliche Geschäftsgebaren mit der hohen Ethik und Moral des Jesus von Nazareth zu tun hat, der keinen Menschen gänzelte, keine Schätze anhäufte und jedem Menschen empfahl, es Ihm gleich zu tun.

Ist Kirchensteuer zeitgemäß?

Der kleine Überblick über einige der Abzock-Methoden der Großkirchen wäre nicht vollständig, ohne zum Abschluss noch einen kurzen Blick auf die Kirchensteuer zu werfen. Diese ist ja eigentlich keine „Steuer“, sondern ein – wenn auch auf ungewöhnliche Weise erhobener – Mitgliedsbeitrag. Und diesen will sicher niemand der Kirche streitig machen, solange es Mitglieder gibt, die ihn freiwillig entrichten.

Doch es bleibt ein äußerst skurriler Umstand, dass der Bürger seinen Austritt aus einer Glaubensgemeinschaft nicht dieser gegenüber, sondern gegenüber dem Staat erklären muss. Wenn ich aus dem Fußballverein oder dem Tennisclub oder aus einer Partei austreten will, dann wende ich mich direkt dorthin. Kein Mensch käme auf die Idee, deshalb zum Standesamt oder zum Amtsgericht zu gehen. Und dann muss man dort auch noch für die Amtshandlung des Austritts bezahlen, je nach Ort bis zu 60 Euro, obwohl die meisten Kirchenmitglieder nie gefragt wurden, ob sie überhaupt eintreten wollen – weil sie nämlich meist schon als Säuglinge einer Kirche einverleibt wurden. Der Grund, weshalb der Staat hier überhaupt ins Spiel

kommt, ist die Tatsache, dass die deutschen staatlichen Finanzämter bis heute die Kirchensteuer einziehen müssen. Für ihren Arbeitsaufwand dürfen sie zwar einen eher geringen finanziellen Anteil von ca. 3 Prozent behalten. Doch die Kirche müsste um vieles mehr ausgeben, wenn sie, wie jede andere Organisation auch, ihre Beiträge selbst einziehen müsste. Denn den Löwenanteil dieser Steuereintreibung, den übernehmen ohnehin andere. So muss die Kirche keinen Cent dafür bezahlen, dass die Buchhaltungen aller Firmen ihren Angestellten die Kirchensteuer gleich vom Lohn abziehen müssen, oder dass alle Banken ab 2015 automatisch Kirchensteuer auf Kapitalerträge ihrer Kunden abführen. Diese für die Kirchen äußerst bequeme Form der Steuereintreibung gibt es interessanterweise seit 1933, als Adolf Hitler mit dem Vatikan das sogenannte Reichskonkordat abschloss ...

Seither hat sich diese Einrichtung für die Großkirchen in Deutschland als ausgesprochen vorteilhaft erwiesen. Die Gelder sprudeln unaufhörlich, auch in Zeiten der Wirtschaftsflaute und trotz zahlreicher Kirchenaustritte. Denn der Kirchensteuerbetrag wurde an das Steueraufkommen gekoppelt: acht bis neun Prozent der jeweiligen Steuerschuld

– sodass sich bei jeder Lohnerhöhung automatisch die Kirchensteuer mit erhöht. Im Jahr 2012 konnten die beiden Kirchen trotz europäischer Schuldenkrise auf diese Weise mit Steuereinnahmen von fast zehn Milliarden Euro rechnen.

„Es geht nur ums Geld!“

Allein im Jahr 2011 traten in Deutschland über 125.000 Menschen aus der katholischen Kirche aus – das entspricht einer Großstadt von der Einwohnerzahl Würzburgs. Je mehr Menschen aber austreten, desto vorteilhafter könnte für die Kirchen eine Steuer sein, die allen Bürgern abverlangt wird und über versteckte Hintertüren womöglich doch wieder der Kirche zufließt. So wie beim italienischen System. Dort kann jeder Steuerpflichtige angeben, ob er 8 Promille seiner Steuerschuld – also nur ein Zehntel des deutschen Betrages – entweder an eine Kirche seiner Wahl oder für sogenannte „kulturelle Zwecke“ an den Staat geben will. In Italien allerdings landet durch Verrechnungs-tricks und mithilfe einer willfährigen Staatsbürokratie ein Großteil des über die Kultussteuer eingezogenen Geldes auf Umwegen am Ende wieder bei der Kirche.

Doch vorerst bleibt es dabei: Nur derjenige gilt in Zukunft als gläubiges Kirchenmitglied, der mit seinen Steuern weiterhin eine Kirche unterstützen will, die von diesen Geldern nur etwa fünf Prozent in öffentlich-soziale Zwecke steckt, den gesamten Rest aber in ihren Apparat. Die öffentlichen sozialen Einrichtungen, die sie betreiben, lassen sich beide Kirchen nämlich, woran an dieser Stelle noch einmal erinnert sei, fast gänzlich vom Staat bezahlen. Wer in Deutschland z.B. Katholik bleiben will, der muss auch eine Kirche unterstützen, die, so *Die Welt* (*welt.de*, 20.9.12), das Risiko eingeht, „als un-nachgiebig zu gelten, als sanktionsfreudig und als geldgierig.“ Oder wie es gegenüber *Regensburg digital* (22.9.12) ein Kirchenrechtler ausdrückte, der anonym bleiben wollte: „Es geht ihnen nicht um Recht oder Moral, um Glauben oder Seelenheil. Es geht nur ums Geld.“ Er sagte das, nachdem die deutschen Bischöfe das deutsche Kirchensteuer-System ausdrücklich bekräftigt hatten – ein System, das de facto nach wie vor jeden, der aus der Kirche austritt, mit der „ewigen Verdammnis“ bedroht. Die Kirche spricht diese Drohung zwar nicht mehr so offen aus wie früher. Doch in ihren Dogmen – und übrigens auch in den Lehrsätzen der Lutherkirche – ist es schwarz auf weiß nachzulesen.

Doch davon sollte sich niemand einschüchtern lassen. Es sind nur leere Drohungen, denn selbst in der Kirchenbibel steht: „Was der Mensch sät, das wird er ernten.“ Von einer Hölle für Kirchenaussteiger steht dort nichts. Jesus von Nazareth hat außerdem weder eine Institution Kirche gegründet noch Pfarrer, Priester oder Theologen eingesetzt. All das haben sich nur Menschen ausgedacht, die von diesem System profitieren.

Die Entscheidung liegt nun bei jedem selbst. Zumindest über die Kirchensteuer kann jede Bürgerin und jeder Bürger selbst entscheiden. Das gilt allerdings bisher noch nicht für die Alimentierung der Großkirchen mit weiteren Milliardenbeträgen, die jeder Steuerzahler mit entrichten muss, gleich welcher Konfession er angehört oder ob er sich gar keiner zugehörig fühlt. Ob Atheist, Agnostiker, Jude, Muslim, Buddhist oder oder oder ... alle zahlen sie mit. Die meisten Politiker stellen sich bisher taub und verdrängen das Problem. Aufschrecken werden sie wohl erst, wenn die Stimmen aus dem Volk laut genug werden, die für eine echte und gerechte Trennung von Staat und Kirche eintreten. Und wenn diese Stimmen sich auch an den Wahlurnen bemerkbar machen.



Matthias Holzbauer: Der unselige Papst

Pius XII. und seine Verstrickung in die Verbrechen des 20. Jahrhunderts ... und warum der Vatikan ausgerechnet ihn seligsprechen will

Wie ein düsterer Untoter "geistert" er immer wieder durch die Öffentlichkeit: Papst Pius XII., den seine Nachfolger auf dem Papstthron immer wieder selig zu sprechen versuchen.

Verlag DAS WEISSE PFERD € 13,50

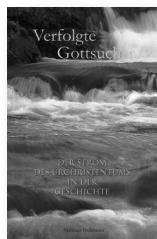


Uli Weyland Strafsache Vatikan

JESUS klagt an

Ein längst überfälliger Strafprozess ist es, der in Rom unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindet: Jesus von Nazareth selbst tritt als Chefankläger auf.

Verlag DAS WEISSE PFERD € 19,80



Matthias Holzbauer Verfolgte Gottsucher

Der Strom des Urchristentums in der Geschichte

Sie wurden vertrieben, zwangsbekehrt, getötet. Doch sie tauchen immer wieder auf: spirituelle Bewegungen, die abseits der verhärteten Machtkirchen ein ursprüngliches, unverfälschtes Christentum anstreben.

Verlag DAS WEISSE PFERD € 9,80

Die milliardenschweren Subventionen des Staates an die Kirchen

Verzicht auf Einnahmen

<i>Absetzbarkeit der Kirchensteuer</i>	3,00 Mrd. Euro
<i>Steuerbefreiungen</i>	2,30 Mrd. Euro

Verzicht auf Einnahmen insg. ca. 5,30 Mrd. Euro

Direkte Subventionen (unvollständig)

<i>Konfessioneller Religionsunterricht</i>	3,50 Mrd. Euro
<i>Ausbildung der Theologen</i>	0,65 Mrd. Euro
<i>Ersparnis durch staatl. Einzug der Kirchensteuer</i>	1,80 Mrd. Euro
<i>Denkmalpflege</i>	0,24 Mrd. Euro
<i>Militärseelsorge etc.</i>	0,08 Mrd. Euro
<i>Zahlungen der Bundesländer</i>	0,83 Mrd. Euro
<i>Zahlungen der Kommunen (geschätzt)</i>	4,00 Mrd. Euro
<i>Zuschüsse zur kirchlichen Kultur</i>	0,02 Mrd. Euro
<i>Zuschüsse an Missionswerke u.a.</i>	0,19 Mrd. Euro
<i>Sonstiges z.B. Orden, Medien, Kirchentage</i>	0,29 Mrd. Euro

Direkte Subventionen ca. 11,60 Mrd. Euro

**Staatliche Subventionen
an die Kirchen insgesamt 16,90 Mrd. Euro**

- Quellen:
- Carsten Frerk, Finanzen und Vermögen der Kirche in Deutschland, Aschaffenburg 2002 siehe auch:
http://bfg-muenchen.de/files/texts/steuersubventionen_kirche.pdf
 - Carsten Frerk, Violettbuch Kirchenfinanzen, Aschaffenburg 2010
 - Gerhard Rampf, Bund für Geistesfreiheit Augsburg,
www.bfg-augsburg.de, 25.1.2010
 - www.spart-euch-die-kirche.de
 - Eigene Recherchen sowie Nachrichten aus der Tagespresse
 - http://www.theologe.de/kirchensubventionen_stopp.htm